

Der Vorsitzende, Ratsherr Danz, eröffnet um 18.00 Uhr die 10/15. Sitzung des Ausschusses für Schule, Bildung und Sport und begrüßt die Mitglieder des Ausschusses sowie die anwesenden Gäste.

Er führt zunächst in den Tagesordnungspunkt 2 „Gesamtschule Rheinbach hier: aktueller Sachstand“ ein.

Nach seiner Auffassung muss dringend eine Entscheidung getroffen werden, damit man nicht wieder vor ähnlichen Problemen steht wie beim Anmeldeverfahren für das Schuljahr 2018/2019.

Die 6 Wochen bis zur nächsten Sitzung sollten genutzt werden, um interfraktionell nach Lösungen zu suchen, die möglichst gemeinsam und einvernehmlich ausfallen sollten. Er bittet dann zunächst die Verwaltung um Stellungnahme:

Für die Verwaltung erläutert Erster Beigeordneter Dr. Knauber, dass derzeit noch nicht mit konkreten Ergebnissen gerechnet werden kann. Im Detail stellt sich die Sachlage derzeit wie folgt dar:

1. Angestrebte Gesetzesänderung zur Gleichstellung von Sekundar- und Gesamtschule

Hierzu hat es intensive Beratungen mit dem Staatssekretär gegeben. Ein Termin im Ministerium ist im Dezember vorgesehen. Ein vom Ministerium an die Stadt übersandtes Schreiben ist offensichtlich mangelnder Kommunikation innerhalb des Ministeriums geschuldet. Es ist zumindest eine Prüfung der Angelegenheit zugesagt. Er verweist auf eine ergänzende Information hierzu durch Ratsfrau Vogt (s.u.). Die Stadt Rheinbach möchte konkrete Zusagen, dass die Gesetzesänderung tatsächlich kommt.

2. Teilstandort Alfter

Am 18.09.2018 hat eine Informationsveranstaltung in Alfter für die Eltern der betroffenen Kinder stattgefunden zum Sachstand und Anmeldeverfahren. An diesem Termin haben die Schulleiterin, Frau Dietrich-Rein, und er teilgenommen. Die Sorge der Eltern sei vor allem gewesen was passiert, wenn ihr Kind keinen Platz bekommt. Bei der Informationsveranstaltung waren auch Eltern Bornheimer Schüler anwesend, die jedoch in einem Anmeldeverfahren für die Schule in Alfter nicht zählen würden. Am Vormittag desselben Tages hat es ein Gespräch mit den Nachbarkommunen sowie der Stadt Bonn, der Stadt Brühl und der Stadt Wesseling gegeben. Dabei wurde deutlich, dass insbesondere die Stadt Bonn und die Stadt Bornheim große Probleme bei den Aufnahmekapazitäten ihrer Gesamtschule haben, sodass die Chancen für Alfterer Kinder, an einer dieser Schulen ein Platz zu erhalten, sehr gering sind. Nach seiner Auffassung ist keine Prognose möglich, ob es ausreichend Anmeldungen geben wird. Das wird erst das Verfahren im Februar zeigen. Für das Schuljahr 2019/2020 könnte es ohnehin noch keine wesentliche Entlastung für den Bereich Rheinbach sein, da zunächst nur die Alfterer und Rheinbacher Schüler zählen würden, die den Teilstandort besuchen möchten.

3. Gemeinsame Schulentwicklungsplanung

Dieser Punkt war Thema bei einem Gespräch bei der Regierungspräsidentin mit dem Ergebnis, dass wohl keine überörtliche Planung, beispielsweise für die linksrheinischen Kommunen, möglich ist, da jede Kommune unterschiedliche Interessen verfolge.

Insgesamt sieht er als einzig möglichen Entlastungseffekt die Gesetzesänderung.

Ratsfrau Vogt ergänzt hierzu, dass die FDP eigene Gespräche mit den zuständigen Landtagsabgeordneten sowie dem Staatssekretär geführt habe. Zudem habe es ein Schreiben zur Darstellung der Situation gegeben. Es wird demnächst eine Klausurtagung geben, bei der die Änderung hoffentlich positiv beschieden wird. Sie wird die Angelegenheit intensiv weiter verfolgen und hofft auf ein zufriedenstellendes Ergebnis.

Der Vorsitzende, Ratsherr Danz, äußert seine Sorge, dass diese Entscheidung für das nächste Anmeldeverfahren in Rheinbach nicht rechtzeitig sein könnte. Man müsse somit auch nach anderen, schnelleren Lösungen suchen.

Nach kurzer weiterer Diskussion beantragt Ratsherr Meyer, bei der Bezirksregierung Köln bereits zum jetzigen Zeitpunkt eine Sechszügigkeit zu beantragen und die entsprechenden baulichen Maßnahmen hierfür in die Wege zu leiten. Er begründet dies damit, dass es nach Aktenlage keine Fortschritte gebe, Swisttaler Kinder könnten nicht abgewiesen werden, und es sei auch nicht verwunderlich, dass diese aufgrund der besseren Verkehrsanbindungen die Schule in Rheinbach besuchen wollten. Das Einzige was möglich wäre, ist aus seiner Sicht, eine Sechszügigkeit zu beantragen.

Auf Nachfrage von Herrn Wagner erläutert Fachbereichsleiter Rösner, dass je nach Anmeldezahlen beim Anmeldeverfahren in Alfter grundsätzlich auch eine Vierzügigkeit möglich wäre. Dies müsste aber mit den Beteiligten abgestimmt werden. Eine Dreizügigkeit (mindestens 75 Anmeldungen) muss aber vorliegen. Herr Wagner fragt ergänzend nach, inwieweit sich neue Wohngebiete auf die zukünftigen Schülerzahlen auswirken werden. Hierzu verweist Fachbereichsleiter Rösner auf den in der Erstellung befindlichen Schulentwicklungsplan, der Aussagen hierzu enthalten wird. Ratsherr Beißel gibt zu bedenken, dass ein Teil der geplanten Wohneinheiten auch nicht unbedingt für Familien geeignet sei und damit unter Umständen geringere Auswirkungen auf die zukünftigen Schülerzahlen haben werde.

Im Anschluss bittet der Vorsitzende, Ratsherr Danz, Herrn Beyß von der Beyss Architekten GmbH, die Machbarkeitsstudie zum sechszügigen Ausbau der Gesamtschule Rheinbach vorzustellen.

Herr Beyß begrüßt die Anwesenden und erläutert sodann die verschiedenen Varianten zur Umsetzung einer Sechszügigkeit an der Gesamtschule Rheinbach. Er geht dabei auf die verschiedenen baulichen Möglichkeiten ein. Die Variante, bei der das Gelände des ehemaligen Vinzenz-Pallotti-Kollegs mit einbezogen werden müsste, schließt er dabei aus, da diese Variante auch bei der vorherigen Prüfung einer Fünfügigkeit bereits als viel zu teuer verworfen wurde. Abschließend empfiehlt er die vorgestellte Variante 1, bei der die Jahrgänge 5 bis 8 in der Villeneuver Straße verbleiben würden und die Jahrgänge 9 bis 13 am Dederichsgraben beschult werden.

Der Vorsitzende, Ratsherr Danz, dankt Herrn Beyß anschließend für seine Ausführungen und gibt den Ausschussmitgliedern Gelegenheit, Fragen an Herrn Beyß zu richten. Auf Nachfrage von Ratsfrau Koch erläutert Herr Beyß, dass eine Aufstockung der Mensa und des Anbaus am Standort Villeneuver Straße nicht möglich ist, da dies wegen der hohen Kosten bzw. aus technischen Gründen beim Bau ausgeschlossen wurde.

Ratsherr Beißel äußert die Sorge, dass die Freiräume auf dem Schulgrundstück für die Schüler sehr eingeschränkt würden und dies pädagogisch fragwürdig sei. Nach seiner Auffassung müsste es eine Grundsatzüberlegung geben, um nicht alles immer nur notdürftig zu regeln. Dies schließe auch das Gelände Pallotti mit ein.

Ratsherr Meyer dankt Herrn Beyß für die Ausführungen und bittet in Ergänzung zu seinem Antrag, die Beratung zur Machbarkeitsstudie in die Fraktionen zu verweisen. Hierzu ergänzt Fachbereichsleiter Rösner, dass die

Machbarkeitsstudie am nächsten Tag ins Ratsinformationssystem Session eingestellt wird, damit diese online von allen eingesehen werden kann. Ein Exemplar pro Fraktion wird am Abend ausgehändigt.

Aus Sicht des Vorsitzenden, Ratsherrn Danz, ist eine Verweisung in die Fraktion selbstverständlich. Man müsse nun gemeinsam nach Lösungen suchen.

Auf Nachfrage von Frau Kaminski, inwieweit eine Kooperation der Gesamtschule mit dem Gymnasium in der Oberstufe möglich sei, erläutert Frau Dietrich-Rein, dass es hierzu noch keinerlei Gespräche gegeben habe. Dies sei zwar grundsätzlich denkbar, müsste aber noch geklärt werden. Sollte die Dependance in Alfter zustande kommen, dürfe man auch nicht vergessen, dass dann auch die Oberstufe aus Alfter in Rheinbach beschult werden müsste.

Frau Dietrich-Rein ergänzt, dass sie in einem Punkt nicht mit der Verwaltung einig sei, dies beziehe sich auf das Turnhallenangebot. Die kleine Turnhalle am Standort Dederichsgraben, die von der Verwaltung in den Raumbedarf mit einbezogen würde, kann aus ihrer Sicht aufgrund der abgehängten Heizung, der mangelnden Ausstattung etc. nicht als vollwertige Turnhalle angerechnet werden. Es würden somit Turnhallenzeiten fehlen. Auch für die Mittagspausen sei eine andere Turnhalle als die Vorhandene erforderlich. Daher müsse nach ihrer Auffassung in jeder Variante am Standort Dederichsgraben eine zusätzliche Sporthalle mit eingeplant werden. Sie erläutert ergänzend die derzeitige Situation (2 Standorte, pendelnde Lehrkräfte etc.). Sie betont, dass sie auch in der Vergangenheit immer bereit war, gemeinsam mit der Verwaltung eine Lösung für die schwierige Aufnahmesituation und die ergänzende Zügigkeit zu suchen. Irgendwann sei dies jedoch nicht mehr möglich.

Herr Schollmeyer verlässt um 19.15 Uhr die Sitzung.

Der Vorsitzende, Ratsherr Danz, dankt Frau Dietrich-Rein und bittet alle Anwesenden, auch die Frage nach der Turnhallensituation zur Diskussion mit in die Fraktionen zu nehmen, nicht nur betreffend einer Nutzung durch die Gesamtschule, sondern vielmehr auch als generelle Frage für den Vereinssport .

Auf Nachfrage von Frau Quadflieg hinsichtlich der derzeitigen Mensasituation erläutert Frau Dietrich-Rein, dass der Ablauf am Standort Villeneuve Straße grundsätzlich in Ordnung sei, insbesondere da die Inbetriebnahme des Neubaus hier ja absehbar sei. Für den Standort Dederichsgraben, wo die Verpflegung der Schüler in der Mensa des Städt. Gymnasiums stattfindet, könne man noch keine Aussage treffen, da der Jahrgang 9, der am Standort Dederichsgraben beschult wird, derzeit im Praktikum sei und noch keine ausreichenden Erfahrungswerte bestehen.

Der Vorsitzende, Ratsherr Danz, fasst die bisherigen Diskussionsergebnisse zusammen, die nach seiner Auffassung in den Fraktionen diskutiert werden müssten und für die dann interfraktionell eine gemeinsame Lösung gefunden werden muss.

Allerdings ist er der Auffassung, dass der Antrag von Ratsherrn Meyer einer einvernehmlichen Lösung innerhalb der Fraktionen widersprechen würde. Auch wenn davon auszugehen ist, dass es kontroverse Meinungen geben wird, besteht dennoch die Hoffnung, dass eine einvernehmliche Lösung möglich ist. Er schlägt auch vor, die nächste Sitzung des Ausschusses angesichts des zu erwartenden Interesses im Ratssaal im Himmeroder Hof durchzuführen. Da der Ratssaal am ursprünglich vorgesehenen Sitzungstermin 28.11.2018 belegt ist, wird eine Verlegung auf den 05.12.2018 vorgeschlagen. **Anmerkung: Im Nachgang zur Sitzung erfolgte eine Verschiebung auf den 04.12.2018!!**

Ratsherr Meyer betont seine Auffassung, heute zumindest eine Grundsatzentscheidung zu treffen, da die Zeit schnell weg laufen würde und erhält daher seinen Antrag zunächst aufrecht.

Der Vorsitzende, Ratsherr Danz, unterbricht anschließend für etwa 5 Minuten die Sitzung.

Erster Beigeordneter Dr. Knauber regt nach Wiedereröffnung der Sitzung an, doch noch auf die Zahlen des in Auftrag gegebenen Schulentwicklungsplanes zu warten. Die Kosten seien eben erst in der Machbarkeitsstudie vorgestellt worden, die noch kritisch beleuchtet werden müssen. Zudem seien sich alle einig, dass ein machbarer, aber auch vertretbarer Weg gefunden werden muss.

Auch Ratsherr Schneider wirbt noch einmal für eine Vertagung der Angelegenheit, da erst am heutigen Abend die Machbarkeitsstudie vorgestellt worden sei und die nächste Sitzung Anfang Dezember nichts am Antragszeitraum bei der Bezirksregierung ändern würde.

Ratsherr Meyer zieht seinen Antrag zurück.

Daraufhin ergeht folgender einstimmiger Beschluss: